

Keine Demokratie ohne aktive Demokraten

Sascha Kneip und Bernhard Weißels

Dass die Demokratie für ihr langfristiges Überleben aktive Demokraten braucht, hatte nicht nur der vor recht genau 100 Jahren zum ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik gewählte Friedrich Ebert schon erkannt („Demokratie braucht Demokraten“). Auch für den großen liberalen Soziologen Ralf Dahrendorf, der in seinen späten Jahren dem WZB als Forschungsprofessor in besonderer Weise verbunden war, stand außer Frage, dass die liberale Demokratie langfristig nur bestehen kann, wenn sie von zwei Dingen unterfüttert ist: der Herrschaft des Rechts auf der einen und einer funktionierenden Bürgergesellschaft – nebst den dazu gehörenden Einstellungen, Tugenden und Institutionen – auf der anderen Seite. Während es um die Herrschaft des Rechts mehr oder minder gut bestellt scheint (auch wenn die Entwicklungen in Polen, Ungarn und anderswo durchaus ernste Zweifel daran aufkommen lassen), ist es eher der Zustand der Bürgergesellschaft, der uns heute Sorgen macht – und vielleicht auch Sorgen machen sollte.

Denn: Der Demokratie scheinen die Demokraten abhandenzukommen. Eine ungeteilte Unterstützung für die Demokratie als Ordnungsform scheint zu schwinden. Sicher ist, dass der Anteil der aktiven Demokraten kleiner wird. Parteimitgliedern sind in fast allen Demokratien rückläufig,

Wahlbeteiligungen sinken in vielen Ländern, die gesellschaftliche Verankerung von Parteien und Verbänden schwindet. Bürgerinnen und Bürger engagieren sich nicht mehr in den großen Massenorganisationen, sie scheinen sich zum Teil vom demokratischen System zu entfremden oder sind unzufrieden mit der Art und Weise, wie Demokratie funktioniert, und damit, welche Ergebnisse der demokratische Prozess zustande bringt. Auch die nicht institutionalisierten Formen politischer Beteiligung, also etwa die Teilnahme an Demonstrationen, die Initiierung von Petitionen, Flashmobs und andere Formen von Protestverhalten, nehmen ab – bei den Jüngeren sogar etwas mehr als im Durchschnitt. Nicht nur in Mittelosteuropa, auch in Frankreich, der Bundesrepublik, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten von Amerika scheint es an aktiven Demokraten zu fehlen, die die liberale Demokratie gegen Beschädigungen durch illiberale Exekutiven verteidigen könnten oder wollten. Im Gegenteil: Mitunter scheint gerade jener Teil der Zivilgesellschaft auf die Straßen zu gehen, der gerade nicht die Verteidigung der liberalen Prinzipien der Demokratie zum Ziel hat, sondern ihre Schwächung. Mit anderen Worten: Der öffentliche Diskurs („Das Volk gegen die Demokratie“) vermittelt den Eindruck, dass der Demokratie des 21. Jahrhunderts langsam, aber sicher die Demokraten ausgehen.

„Es spricht manches dafür, dass Demokratie von vielen als eine Selbstverständlichkeit gesehen, ihre Verletzlichkeit und Fragilität aber übersehen wird.“

Stimmt dieser Eindruck aber? Ganz so dramatisch, wie in den Diskursen gespiegelt, ist die Realität tatsächlich nicht. Zumindest in den letzten anderthalb Jahrzehnten ist der Anteil derjenigen, die es als extrem wichtig für sich erachten, in einer Demokratie zu leben, in Deutschland nicht gesunken, wie beispielsweise die World Values Surveys zeigen. Allerdings: Der Anteil der unter 30-Jährigen, die dies für sich behaupten, ist durchaus geringer – und die Lücke zu den anderen Altersgruppen ist in den letzten anderthalb Jahrzehnten etwas größer geworden. Wachsen die Demokraten also nicht hinreichend nach, lässt die Verpflichtung auf die Demokratie zu wünschen übrig?

Für Deutschland lässt sich das eigentlich nicht behaupten, zumal wir sinnvollerweise zwischen den Einstellungen zur Demokratie als Ideal und dem Funktionieren von Demokratie unterscheiden sollten. Die Daten des European Social Survey von 2012 zeigen uns zum Beispiel, dass in Deutschland 84 Prozent aller Befragten freie Wahlen und Rechtsstaatlichkeit für absolut zentral für die Demokratie halten – und wir sprechen hier immerhin von denjenigen, die auf einer Skala mit 11 Punkten für

beide Elemente der Demokratie den höchsten Wert vergeben haben. Bei den unter 30-Jährigen, also denjenigen, die für die Zukunft der Demokratie besonders wichtig sind, liegt dieser Anteil mit 78 Prozent etwas, aber nicht dramatisch niedriger. Der europäische Durchschnitt wiederum liegt in dieser Frage etwas niedriger, aber ebenfalls nicht viel.

Die Beurteilung der demokratischen Praxis hingegen fällt nicht ganz so günstig aus. Der Aussage, dass freie Wahlen und Rechtsstaatlichkeit in volstem Maße funktionieren, stimmen in Deutschland lediglich etwa 40 Prozent der Befragten zu, egal ob jung oder älter. Hier sticht Deutschland aber positiv heraus, denn im europäischen Durchschnitt sehen das lediglich 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger so. Es gibt also durchaus einen erheblichen Anteil „unzufriedener Demokraten“: Menschen, die die beiden Kernelemente von Demokratie, freie Wahlen und Rechtsstaatlichkeit, als essenziell ansehen, aber mit ihrer Realisierung nicht voll zufrieden sind. Da diese Menschen der Demokratie gegenüber aber grundsätzlich positiv eingestellt sind, stellen sie für die Zukunft der Demokratie eher kein Problem dar; im Gegenteil: Sie werden wohl diejenigen sein, die für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie eintreten werden.

Problematisch sind für die Demokratie hingegen jene Bürgerinnen und Bürger, die der Demokratie nicht in höchstem Maße verpflichtet und zugleich mit ihrem Funktionieren unzufrieden sind. Das sind in Deutschland nicht mehr als 12 Prozent, im europäischen Durchschnitt aber immerhin 17 Prozent. Hier liegen die Potenziale, die die populistischen Parteien derzeit ansprechen und zu mobilisieren versuchen.

Nun sind 15 bis 20 Prozent unzufriedene, von der Demokratie Distanzierte durchaus zu verkraften; Funktionsfähigkeit und Zukunft der Demokratie sind durch sie erst einmal nicht gefährdet. Allerdings spricht manches dafür, dass Demokratie von vielen – und insbesondere von den Jüngeren – als eine Selbstverständlichkeit gesehen, ihre Verletzlichkeit und Fragilität aber übersehen wird. Demokratie ist ein historisch hart erkämpftes kollektives Gut. Seine Erhaltung bedarf der aktiven demokratischen Praxis. Sich dessen bewusst zu sein, wird für die zukünftige Stabilität und das Funktionieren von Demokratie von entscheidender Bedeutung sein. Einen Rückzug aus dem demokratischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger darf es nicht geben – und den gibt es nach unseren Daten im Großen und Ganzen auch nicht. Eine ernsthafte Krise der Demokratie ist damit für die Zukunft nicht zu erwarten – dass sie immer Gefährdungen ausgesetzt ist, darf aber nicht unterschätzt werden.

8

Sascha Kneip ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demokratisierung.

Bernhard Weßels ist stellvertretender Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin.



Klappern gehört zum Handwerk

Als im Jahr 2005 Lord Ralf Dahrendorf als Forschungsprofessor ans WZB kam, war das Haus selbstverständlich auf dem neuesten Stand der Bürotechnik, also mit Computern und LAN-Netzwerk ausgestattet. Doch der deutsch-britische Soziologe, Politiker und Publizist (geboren 1929) wollte der Mechanik treu bleiben. Er ließ seine Assistentin Birgit Hahn die abgebildete Olivetti-Schreibmaschine vom Typ „Lettera 42“ im Internet ersteigern. Dem großen Forscher und typografischen Exzentriker widmete das WZB 2009 seine vom Gestalter Stefan Huber entwickelte Hausschrift. In der „Dahrendorf“ ist auch die vorliegende Publikation gesetzt.

Schreibmaschine „aus Ralf Dahrendorfs ehemaligem Arbeitszimmer im WZB“.

Foto: Heiko Huber